Woche bis Freitag, den 5. September 2008

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2
Märkte im Sinkflug 2
Internationale Finanzmärkte 2
Internationale Aktienmärkte im Überblick 3
USA 4
Europa 4
Bank of England lässt Zinsen unverändert 5
EZB setzt Gratwanderung fort 5
Asiatisch-pazifischer Raum 6
Reserve Bank of Australia 7
Bank Indonesia 7
Bank of Canada 8
Währungen 8
Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse 9

Indikatoren-Übersicht 10
Europa 10
Eurozone 10
Deutschland 11
Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 12
Australien 12
Hongkong 12
USA 13
USA 13

Fazit und Ausblick 16

Vorausschau 16
8.–12. September 2008 16

Wichtige Informationen 17

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY

Märkte im Sinkflug

Internationale Finanzmärkte

Die erste Septemberwoche, in der für viele Marktteilnehmer der Urlaub endete, bescherte den Börsen keine Atempause. Es ging an den Märkten nicht minder turbulent zu als in den vorangegangenen Wochen. Das Nachrichtengeschehen wurde von den Notenbanken beherrscht, auch wenn diese genau taten, was man erwartet hatte: Die Reserve Bank of Australia senkte ihren Leitzins wie angekündigt von 7,25 % auf 7,0 %, während die Bank of Canada, die Bank of England und die Europäische Zentralbank an ihren Sätzen von 3,0 %, 5,0 % beziehungsweise 4,25 % festhielten.

Die Flut von Konjunkturdaten hob die Stimmung der Anleger nicht, da nur wenige Lichtblicke darunter waren. Das galt auch für den US-Arbeitsmarktbericht vom Freitag. Normalerweise reagieren die Märkte erfreut auf fallende Rohstoffpreise. Die Aktien von Energie- und Rohstoffunternehmen, die zunehmend um ihre Gewinne bangen, leiden jedoch unter dem Preisrückgang. Besonders stark betroffen waren die Börsen rohstoffexportierender Länder wie Australien und Kanada.

Ein anderes Thema, das die Gemüter bewegt, ist das politische Vakuum, dass der japanische Ministerpräsident Yasuo Fukuda mit seinem überraschenden Rücktritt hinterlassen hat. Da auch in den USA angesichts der im November bevorstehenden Präsidentschaftswahlen eine längere politische „Ruhepause" bevorsteht, sind viele Beobachter der Ansicht, dass die Marktteilnehmer vielleicht erst Anfang nächsten Jahres mit einer spürbaren Verbesserung rechnen können. In China und anderen asiatischen Ländern, die als Stütze der Weltwirtschaft fungieren sollten, verliert das Wachstum deutlich an Schwung. Es wächst die Sorge über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Probleme in den USA auf die Weltwirtschaft. Befürchtet werden insbesondere stagnierende Ausfuhren in die USA.

An den Devisenmärkten ließen Befürchtungen hinsichtlich der Konjunkturentwicklung in der Eurozone den Euro auf ein 8-Monatstief gegenüber dem Dollar und den niedrigsten Stand seit März gegenüber dem Yen sinken. Die europäische Einheitswährung litt auch unter Äußerungen von Jean-Claude Juncker, dem luxemburgischen Vorsitzenden der Finanzminister der Eurozone. Juncker erklärte, der Euro bleibe trotz des jüngsten Rückgangs überbewertet. Seit dem Rekordstand vom Juli, als er über 1,60 $ notierte, hat der Euro rund 10 % an Wert verloren.

Im Wochenergebnis fielen alle hier verfolgten Aktienindizes mit Ausnahme des philippinischen PSEi. Die Einbußen lagen zwischen 0,6 % (Sensex) und 10,5 % (Taiex).

Internationale Aktienmärkte im Überblick

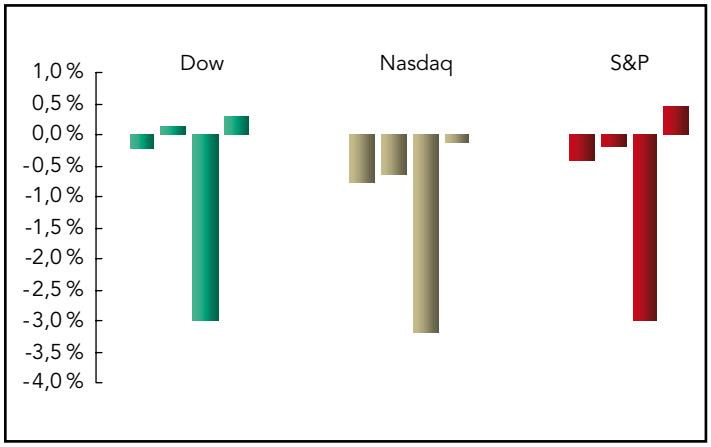
	Index	2007 31. Dezember	2008 29. August	2008 5. September	Veränderung in % Woche	Veränderung in % Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	5.215,5	4.949,5	-5,1%	-22,9%
Japan	Nikkei 225	15.307,8	13.072,9	12.212,2	-6,6%	-20,2%
	Topix	1.475,7	1.254,7	1.170,8	-6,7%	-20,7%
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	21.261,9	19.933,3	-6,2%	-28,3%
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.474,2	1.404,4	-4,7%	-26,0%
Singapur	STI	3.482,3	2.740,0	2.574,2	-6,0%	-26,1%
China	Shanghai Composite	5.261,6	2.397,4	2.202,5	-8,1%	-58,1%
Indien	Sensex 30	20.287,0	14.564,5	14.483,8	-0,6%	-28,6%
Indonesien	Jakarta Composite	2.745,8	2.165,9	2.022,6	-6,6%	-26,3%
Malaysia	KLSE Composite	1.445,0	1.100,5	1.070,5	-2,7%	-25,9%
Philippinen	PSEi	3.621,6	2.688,1	2.724,7	1,4%	-24,8%
Taiwan	Taiex	8.506,3	7.046,1	6.307,3	-10,5%	-25,9%
Thailand	SET	858,1	684,4	645,8	-5,6%	-24,7%
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	5.636,60	5.240,70	-7,0%	-18,8%
Frankreich	CAC	5.614,1	4.482,60	4.196,66	-6,4%	-25,2%
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	6.422,30	6.127,44	-4,6%	-24,0%
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	11.543,96	11.220,96	-2,8%	-15,4%
	NASDAQ	2.652,3	2.367,52	2.255,88	-4,7%	-14,9%
	S&P 500	1.468,4	1.282,83	1.242,31	-3,2%	-15,4%
Kanada	S&P/TSX Comp,	13.833,1	13.771,25	12.816,42	-6,9%	-7,3%
Mexiko	Bolsa	29.536,8	26.290,99	25.904,18	-1,5%	-12,3%

Die Börsen in Malaysia, den USA und Kanada waren am Montag, den 1. September geschlossen
Die Börsen in Indien waren am Mittwoch, den 3. September geschlossen

USA

Die amerikanischen Börsen beendeten die feiertagsbedingt verkürzte Woche deutlich im Minus – durchwachsene Konjunkturdaten belasteten die Stimmung unter den Anlegern. Zwar erholten sich die Kurse am Freitag von den Kursverlusten, die der bedrückende Arbeitsmarktbericht zunächst ausgelöst hatte, aber die Einbußen der ersten drei Handelstage waren nicht mehr auszugleichen. Vor allem am Donnerstag waren die Aktienmärkte in die Knie gegangen, nachdem sowohl die Zahl der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung als auch die Umsätze der Handelsketten enttäuscht hatten. Besonders düster fielen die am Freitag veröffentlichten Arbeitsmarktdaten aus: Die Beschäftigung ging unerwartet deutlich zurück. Für die letzten zwei Monate wurde die Zahl der Stellenstreichungen um insgesamt 58.000 nach oben korrigiert, und die Arbeitslosenquote stieg sprunghaft auf 6,1 %.

Die Woche an der US-Börse



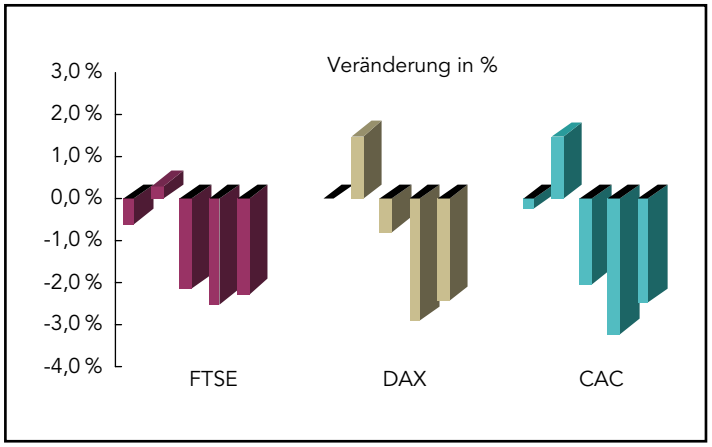
Wie bereits im gesamten Wochenverlauf stießen die Anleger vor allem Technologiewerte und ausländische Aktien ab, ebenso wie Rohstoff-Futures und alle anderen Papiere, die zuvor noch als Absicherungsinstrumente gegen einen Abwärtstrend an den Börsen gegolten hatten. Zunehmend fürchteten sie, dass auch diese Papiere nicht verschont werden würden, falls die Schwierigkeiten der US-Wirtschaft anhalten und auf andere Teile der Welt übergreifen sollten. Der Preisrückgang an den Rohstoffmärkten belastete die Aktienkurse, aber diesmal auf Grund von Sorgen um die Gewinne der Rohstoffunternehmen. Finanztitel gerieten unter Druck, nachdem das Rating eines großen Finanzdienstleisters aufgrund der Erwartung weiterer Abschreibungen herabgestuft worden war. Einen weiteren Beitrag zur Volatilität der US-Börsen leisteten kursierende Gerüchte über notgedrungene Verkäufe bei Hedgefonds.

Im Wochenergebnis schnitt der Dow mit einem Minus von 2,8 % am besten ab; S&P 500 und Nasdaq büßten unterdessen 3,2 % beziehungsweise 4,7 % ein.

Europa

FTSE, CAC und DAX sanken in der letzten Woche an vier von fünf Handelstagen. Nachdem bekannt geworden war, dass die Arbeitslosigkeit in den USA auf den höchsten Wert seit fünf Jahren gestiegen war, und sich die Befürchtung verdichtet hatte, dass die Kreditausfälle im Bankensektor zunehmen könnten, fielen die Kurse so deutlich wie nur selten im bisherigen Jahresverlauf. Die Bankwerte reagierten mit Kursverlusten auf die Nachricht, dass Goldman Sachs die Einstufung für Merrill Lynch aufgrund der Gefahr weiterer Abschreibungen auf „Verkaufen" gesenkt hat. Den Titeln des Rohstoffsektors machten unterdessen auch die sinkenden Rohstoffpreise zu schaffen.

FTSE, DAX und CAC



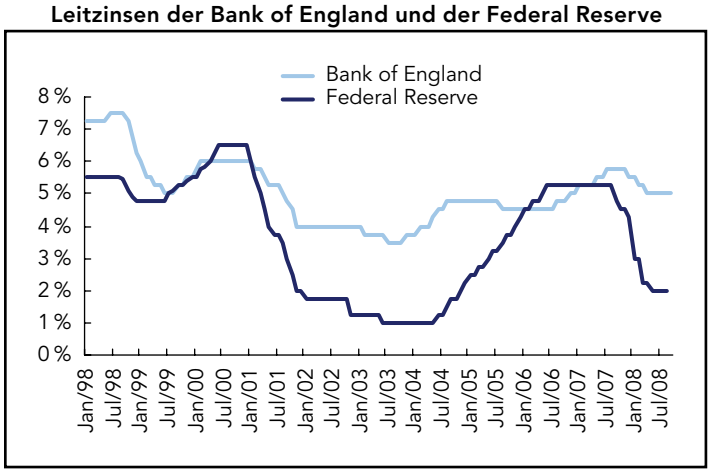
Weiter unter Druck gerieten die europäischen Aktienmärkte am Donnerstag durch die Meldung, die Europäische Zentralbank (EZB) habe ihre Wachstumsprognose für 2008 und 2009 gesenkt, ohne aber einen Hinweis auf etwaige Pläne zu geben, die Konjunktur in nächster Zeit durch niedrigere Zinsen anschieben zu wollen. Die Währungshüter wollen sich vielmehr weiter darauf konzentrieren, die Inflation zu bekämpfen, die gegenwärtig fast doppelt so hoch ist wie die angestrebten 2 %. Darüber hinaus teilte die EZB mit, sie werde bei der Kreditgabe an Geschäftsbanken die Regelungen für akzeptierte Sicherungsgegenstände verschärfen und damit die kurzfristige Liquiditätsbeschaffung erschweren – eine Nachricht, die von den Bankaktien mit Einbußen quittiert wurde.

Der DAX verzeichnete das größte Minus seit über fünf Monaten. Dahinter stand vor allem die Befürchtung, die schwächere Konjunktur werde sich negativ auf die Unternehmensgewinne auswirken. Die deutsche Wirtschaft steht nach zwei Quartalen mit negativem BIP-Wachstum an der Schwelle zur (technischen) Rezession, und auch im dritten Quartal sind die Konjunkturdaten bisher ausgesprochen schwach ausgefallen. Der FTSE schloss zwar mit kräftigen Verlusten, fiel jedoch weniger deutlich als DAX und CAC. Seit Jahresbeginn hat er 28,2 % eingebüßt, während DAX und CAC 24,1 % beziehungsweise 25,2 % verloren haben.

Bank of England lässt Zinsen unverändert

Die Bank of England (BoE) ließ den Leitzins wie erwartet im sechsten Monat in Folge unverändert bei 5 % – Hintergrund waren die erneute Abschwächung des Wirtschaftswachstums sowie der weiterhin erhöhte Inflationsdruck. Der geldpolitische Ausschuss (MPC) hatte die Zinsen zuletzt auf seiner April-Sitzung gesenkt. Die britischen Währungshüter stecken weiter in einem Dilemma, müssen sie doch der konjunkturellen Abkühlung ebenso wie der steigenden Teuerungsrate Rechnung tragen – und beide Tendenzen haben sich seit der letzten Sitzung im August noch verstärkt. Es zeigen sich immer mehr Signale einer ernsthaften Abschwächung des Wachstums, wenn nicht gar einer ausgewachsenen Rezession. Ersten Schätzungen zufolge stagnierte das BIP-Wachstum im zweiten Quartal. Damit fand die längste Wachstumsphase seit über einem Jahrhundert ihr Ende. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs die Wirtschaftsleistung indessen um 1,4 %.

Leitzinsen der Bank of England und der Federal Reserve



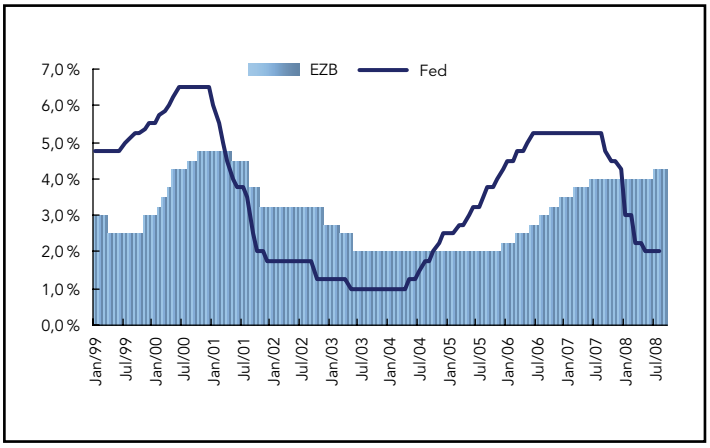
Die Konjunkturdaten fielen zuletzt immer schwächer aus; so verschärfte sich die Immobilienkrise und trug damit zu einer Abnahme des Verbrauchervertrauens bei. Auch im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor setzte sich der negative Trend fort. Eine wichtige Rolle spielt weiterhin der zunehmende Preisrückgang am Immobilienmarkt, der die Konjunktur schwächt und die Wachstumsaussichten bedroht. Die Umsätze des Einzelhandels, die im Juni eingebrochen waren, erholten sich im Juli leicht.

Großbritannien hat mit 5,0 % weiterhin den höchsten Leitzins unter den G7-Staaten, Japan dagegen hat von allen Industrienationen die niedrigsten Zinsen (0,5 %). Die BoE gab keine Stellungnahme zu ihrer Zinsentscheidung ab, sodass sich die Beobachter bis zur Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls in zwei Wochen gedulden müssen. Auf der August-Sitzung waren unter den Ausschussmitgliedern drei unterschiedliche Ansichten zur weiteren geldpolitischen Ausrichtung vertreten – und die Situation dürfte sich nach Ansicht von Ökonomen inzwischen weiter kompliziert haben. Das Inflationsziel der BoE liegt bei 2 %. Es wird vom britischen Schatzkanzler im Rahmen der jährlichen Vorstellung des Haushalts bekannt gegeben.

Europäische Zentralbank setzt Gratwanderung fort

Die EZB ließ ihren maßgeblichen Leitzins wie erwartet bei 4,25 %. Im Juli hatte die Zentralbank die Zinsen um einen Viertelprozentpunkt angehoben. Der Zinsunterschied zu den USA beträgt inzwischen 2,25 Prozentpunkte, während zur Bank of England lediglich eine Differenz von 75 Basispunkten besteht. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) signalisierte nach jüngsten Schätzungen einen leichten Rückgang der Teuerung auf 3,8 %, nachdem im Juli die höchste Inflationsrate seit Beginn der Erfassung im Jahr 1997 registriert worden war (4,1 %). Die Preissteigerung liegt aber noch immer fast doppelt so hoch wie das Inflationsziel der EZB von 2 %.

EZB lässt Zinsen bei 4,25 %



Wie die Bank of England steckt auch die EZB in einer Zwickmühle aus steigender Inflation und schwächelnder Wirtschaft. Die konjunkturelle Entwicklung gibt weiter Anlass zu Besorgnis: Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone sank im zweiten Quartal um 0,2 % – Deutschland, Frankreich und Italien meldeten alle eine geringere Wirtschaftsleistung.

Anders als die US-Notenbank Fed, die die Zinsen drastisch gesenkt hat, gibt die EZB der Inflationsbekämpfung erste Priorität, anstatt der Wirtschaft zu Hilfe zu eilen. Im Gegensatz zur BoE führt die EZB ihre Entscheidungen im Konsens herbei und veröffentlicht die Protokolle ihrer Sitzungen nicht. Zur Erläuterung von Zinsentscheidungen tritt vielmehr EZB-Präsident Jean-Claude Trichet eine Dreiviertelstunde nach Ende jeder Sitzung des EZB-Rats vor die Presse, verliest eine Erklärung und beantwortet dann Fragen.

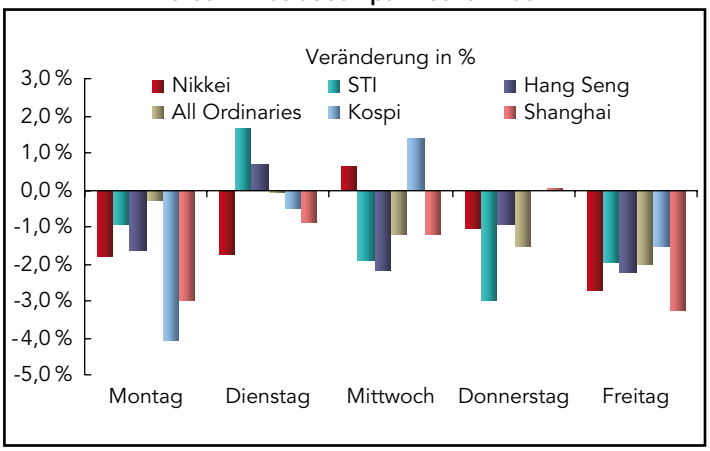
Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag teilte Trichet mit, die EZB konzentriere sich selbst nach der Senkung ihrer Wachstumsprognosen weiterhin auf die Inflationsbekämpfung. Er sagte, die Notenbank werde „entschlossen dafür sorgen, dass die Inflationserwartungen mit der Preisstabilität vereinbar bleiben". Die EZB bemüht sich, inflationäre Zweitrundeneffekte als Folge des deutlichen Anstiegs der Lebensmittel- und Energiepreise zu verhindern – die Teuerungsrate liegt zurzeit auf dem höchsten Stand seit 16 Jahren. Gleichzeitig steht die Wirtschaft im Euroraum am Rande einer technischen Rezession. Das BIP verringerte sich im zweiten Quartal um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Das aktuelle Zinsniveau, so Trichet weiter, werde dazu beitragen, die Inflationsrate wieder unter 2 % zu drücken – den Zielwert der EZB bis 2010. Auf die Frage nach der zukünftigen Geldpolitik sagte er, die Bank sei in keiner Richtung festgelegt, werde jedoch das Erforderliche tun, um die Rate wieder auf den Zielwert zu senken.

Ihre Wachstumsprognose für 2008 und 2009 korrigierte die EZB von 1,8 % auf 1,4 % beziehungsweise von 1,5 % auf 1,2 % nach unten. Gleichzeitig hob sie ihre Inflationsprognose für 2008 von 3,4 % auf 3,5 % und für 2009 von 2,4 % auf 2,6 % an.

Asiatisch-pazifischer Raum

Die Börsen im asiatisch-pazifischen Raum schlossen in der vergangenen Woche im Minus. Dahinter stand die Befürchtung, der Abschwung in den USA werde auch auf Europa und die Schwellenländer übergreifen. Mit positivem Ergebnis ging nur der philippinische Aktienmarkt aus dem Handel. Unterstützung erhielten die Märkte der Region weder aus Europa noch aus den USA, da die Kurse auch dort deutlich sanken. Nach Ansicht von Analysten verstärkte beispielsweise der Kurssturz an den amerikanischen Börsen im Anschluss an das Bekanntwerden der unerwartet hohen Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung am Donnerstag die Nervosität der Anleger und schürte die Angst vor einem schlechten US-Arbeitsmarktbericht, der am Freitag nach Handelsschluss in Asien veröffentlicht wurde. Nahrung erhielt die Besorgnis außerdem durch den Kurseinbruch an den europäischen Börsen, ausgelöst durch verstärkte Signale einer wirtschaftlichen Abschwächung und insbesondere die Senkung der EZB-Wachstumsprognose.

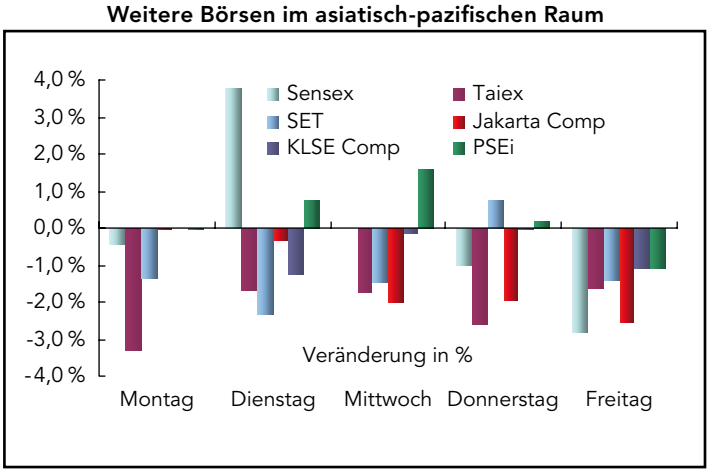
Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



Der Hang Seng Index fiel erstmals seit dem 2. April 2007 unter die Marke von 20.000 Punkten, nachdem Goldman Sachs seine Wachstumsprognose für Hongkong nach unten korrigiert hatte. Auch die anhaltende Schwäche der Aktienmärkte auf dem chinesischen Festland dämpfte die Stimmung der Anleger.

Das politische und das wirtschaftliche Geschehen der letzten Woche sind so eng miteinander verflochten, dass eine Trennung kaum möglich ist. In Japan beherrschte der Rücktritt des Premierministers die Schlagzeilen, in Thailand dagegen dessen Ausbleiben – die Folgen sind in beiden Fällen wirtschaftliche Probleme für die jeweiligen Länder. Die Regierungskrise in Japan wird nicht vor dem 22. September beendet sein – dann bestimmt die Liberaldemokratische Partei (LDP) unter mehreren Kandidaten ihren neuen Chef, der dann auch die Nachfolge als Premierminister antreten wird. In Thailand rutschten die Aktienkurse auf den niedrigsten Stand seit Januar 2007, nachdem der in Bedrängnis geratene Premier Samak Sundaravej die Forderungen nach seinem Rücktritt zurückgewiesen und die Regierung den Notstand ausgerufen hatte.

Weitere Börsen im asiatisch-pazifischen Raum

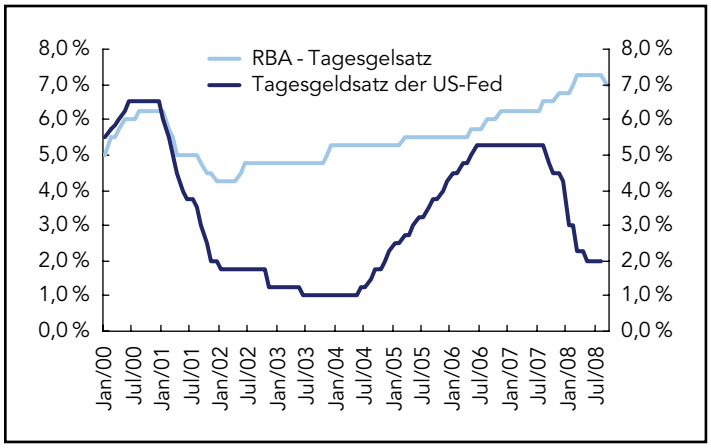


Die Amtszeit des japanischen Regierungschefs Yasuo Fukuda hat nach dem überraschenden Rücktritt weniger als ein Jahr gedauert. Seine Regierung hatte unter anhaltend schlechten Zustimmungswerten gelitten. Besonders schwierig gestaltete sich für Fukuda auch die Zusammenarbeit mit dem von der Oppositionspartei dominierten Oberhaus des japanischen Parlaments. Die nächsten Parlamentswahlen müssen bis September 2009 abgehalten werden. Seit Fukudas Amtsantritt im September 2007 haben ausländische Anleger dem japanischen Markt den Rücken gekehrt, bedingt durch die politische Unsicherheit und die konjunkturelle Abkühlung in Japan wie auch anderswo. Die Aktienkurse reagierten auf die Rücktrittsankündigung mit Verlusten.

Reserve Bank of Australia

Die Reserve Bank of Australia (RBA) senkte ihren Leitzins wie erwartet um einen Viertelprozentpunkt auf 7 % – die erste Zinssenkung seit 2001. Die Finanzmärkte hatten diesen Schritt erwartet, seit die RBA durch den größten Umsatzeinbruch im australischen Einzelhandel seit sechs Jahren, eine Verschlechterung des Geschäftsklimas und ein langsameres Beschäftigungswachstum gezwungen worden war, auf ihrer August-Sitzung eine baldige Zinssenkung zu signalisieren, um einem stärkeren und länger andauernden Abschwung vorzubeugen. Seit Dezember 2001 hatte die Notenbank ihren maßgeblichen Zinssatz um 3 Prozentpunkte angehoben. Die letzte Zinserhöhung hatten die Währungshüter im März beschlossen. Ziel war die Eindämmung des Preisauftriebs gewesen, der im zweiten Quartal auf 4,5 % gestiegen war. Das Zielband der RBA liegt bei 2-3 %. Die Bank steht vor der Herausforderung, sowohl dem rückläufigen Konsum, der rund 60 % des australischen BIP von 1 Billionen $ ausmacht, als auch der Gefahr einer Inflationszunahme infolge der steigenden Energiepreise sowie einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gerecht zu werden. Die kräftig steigende Nachfrage aus China wird nach Ansicht der RBA das Exportvolumen um 20 % anheben und so das langsamere Wachstum der australischen Wirtschaft auffangen. Die australischen Währungshüter schließen sich mit der Zinssenkung der Reserve Bank of New Zealand (RBNZ) an, die ihren Leitzins im vergangenen Monat von 8,25 % auf 8 % gesenkt hat.

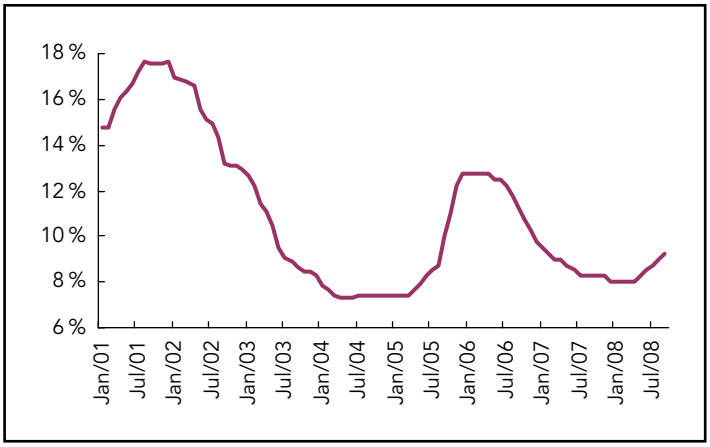
RBA senkt Leitzins auf 7,0 %



Bank Indonesia

Wie allgemein erwartet, erhöhte die Bank Indonesia ihren maßgeblichen Zinssatz um einen Viertelprozentpunkt auf 9,25 % – die fünfte Zinserhöhung in ebenso vielen Monaten. Ziel war die Eindämmung der hohen, seit Mai 2008 zweistelligen Teuerungsraten. Die Notenbank begründete ihren Schritt mit der Absicht, die Stabilität der indonesischen Wirtschaft und des Finanzsystems zu gewährleisten, vor allem aber um sicherzustellen, dass das Inflationsziel auf mittlere Sicht erreicht wird.

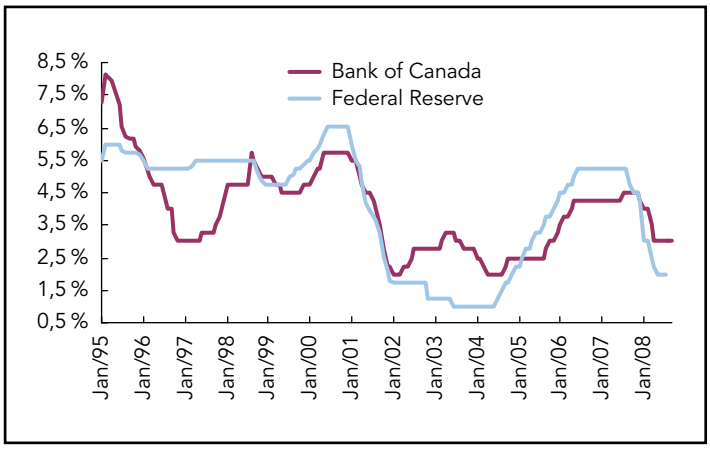
Bank Indonesia erhöhte Zinsen auf 9,25 %



Bank of Canada

Die Bank of Canada (BoC) ließ die Zinsen erwartungsgemäß im fünften Monat in Folge bei 3 %. Sie erklärte, sie verfolge angesichts der unerwartet schwachen Wachstumszahlen weiterhin eine angemessen expansive Geldpolitik. Das Zielband der BoC für die Inflation liegt bei 1 – 3 %, angepeilt wird jedoch der mittlere Wert von 2 %. Die Teuerungsrate dagegen stieg von nur 1,4 % im März auf 3,4 % im Juli, während die Kerninflation (ohne Lebensmittel und Energie) bei 1,2 % verharrte – deutlich gemäßigter als in Europa. Während die kanadische Binnennachfrage weiterhin stark ist, lassen die US-BIP-Daten für das zweite Quartal auf eine niedrigere Exportnachfrage schließen. Der Auftrag der Notenbank besteht darin, „durch die Einhaltung eines niedrigen, stabilen Inflationsniveaus die Geldwertstabilität zu bewahren". Die BoC wird die Zinsen also nicht senken, um die Wirtschaft anzukurbeln, wenn dies eine Beschleunigung des Preisauftriebs zur Folge hätte. Wie andere Zentralbanken tut sich auch die Bank of Canada schwer damit, die Konjunktur in Schwung zu halten und gleichzeitig die infolge des Energiepreisschubs gestiegene Inflation einzudämmen.

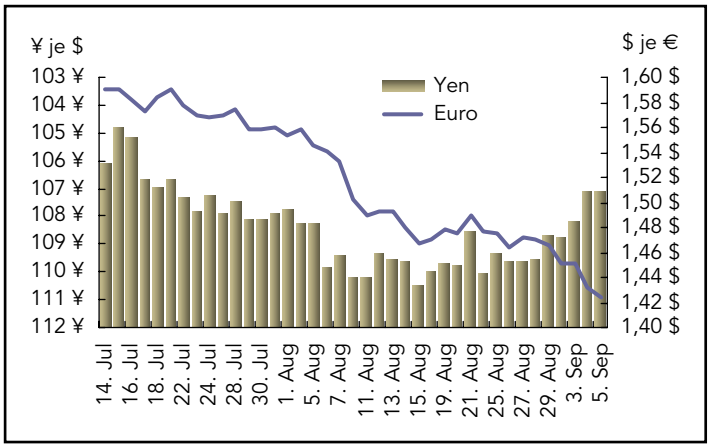
Leitzinsen der Bank of Canada und der Federal Reserve



Währungen

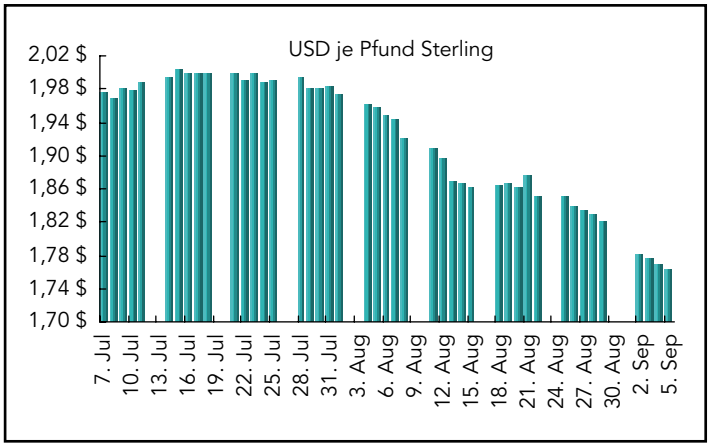
Der Euro geriet gegenüber dem US-Dollar weiter unter Druck. Grund war die wachsende Besorgnis über den Zustand der europäischen Wirtschaft. Als die EZB am Donnerstag ihre Wachstumsprognose senkte und ankündigte, sie wolle sich weiterhin auf die Inflationsbekämpfung konzentrieren, gab die Gemeinschaftswährung nach. Am Freitag verlor der Euro dann am siebten Tag in Folge an Wert – der längste Abwärtstrend seit Oktober 2006. Gegenüber dem Dollar hat er damit bereits über 10 % eingebüßt, seitdem er am 15. Juli kurzzeitig auf einen neuen Rekordhöchststand geklettert war (1,6038 $). Der Yen dagegen konnte sich nach der Veröffentlichung des US-Arbeitsmarktberichts am Freitag erneut gegenüber dem US-Dollar verbessern. Auch im Verhältnis zu anderen Währungen legte der Yen deutlich zu, bedingt durch die Sorge, die Weltwirtschaft könnte in die Rezession abgleiten. Der australische Dollar und der Neuseeland-Dollar sanken auf ihr jeweils niedrigstes Niveau seit zwei Jahren. Dahinter standen Spekulationen, der Einbruch an den Aktienmärkten und bei den Rohstoffpreisen werde viele Anleger dazu bringen, aus ihren „Carry-Trade"-Positionen auszusteigen.

Yen fester, Euro schwächer



Auch das britische Pfund setzte seine Talfahrt gegenüber Dollar und Euro fort. Der Bank of England bereitete dies Kopfzerbrechen, hatten ihr doch die Auswirkungen des Imports auf die Teuerung stets als Gegenargument zu den Forderungen nach einer Zinssenkung zur Stärkung des Wirtschaftswachstums gedient. Während jedoch die höheren Preise für in Dollar und Euro denominierte Waren wie Öl, Rohstoffe und Lebensmittel den Verbrauchern und Unternehmen in Großbritannien zu schaffen machten, stiegen die Umsätze und Gewinne vieler britischer Unternehmen, die überwiegend ins Ausland verkaufen.

Pfund-Talfahrt dauert an



Einige ASEAN-Länder, darunter Thailand, Malaysia und Indonesien, sind in Verdacht geraten, am Dienstag an den Devisenmärkten interveniert zu haben, um einen weiteren Verfall ihrer Währungen zu verhindern. Händler in Singapur und Bangkok vermuteten, die Bank of Thailand habe Dollar verkauft, um den Baht zu stützen, der infolge der wachsenden politischen Spannungen auf den niedrigsten Stand seit einem Jahr gestürzt war. In Südkorea half eine verbale Intervention der Regierung dem Won, sich vom tiefsten Stand seit vier Jahren zu erholen.

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

	Index	2007	2008		Veränderung in %	
		31. Dezember	29. August	5. September	Woche	Jahr
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,878	0,857	0,813	-5,2%	-7,4%
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,774	0,700	0,667	-4,6%	-13,8%
Kanada	Kanadischer Dollar	1,012	0,941	0,940	-0,1%	-7,1%
Eurozone	Euro	1,460	1,466	1,423	-2,9%	-2,5%
Großbritannien	Britisches Pfund	1,984	1,821	1,764	-3,1%	-11,1%
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	7,295	6,838	6,841	0,0%	6,6%
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,798	7,804	7,806	0,0%	-0,1%
Indien	Rupie	39,410	43,945	44,535	-1,3%	-11,5%
Japan	Yen	111,710	108,716	107,220	1,4%	4,2%
Malaysia	Ringgit	3,306	3,395	3,460	-1,9%	-4,5%
Singapur	Singapur-Dollar	1,436	1,418	1,437	-1,3%	-0,1%
Südkorea	Won	935,800	1.088,725	1.125,550	-3,3%	-16,9%
Taiwan	Taiwan-Dollar	32,430	31,570	31,850	-0,9%	1,8%
Thailand	Baht	29,500	34,158	34,562	-1,2%	-14,6%
Schweiz	Schweizer Franken	1,133	1,102	1,118	-1,4%	1,4%

*An den USD gekoppelt;
Quelle: Bloomberg.

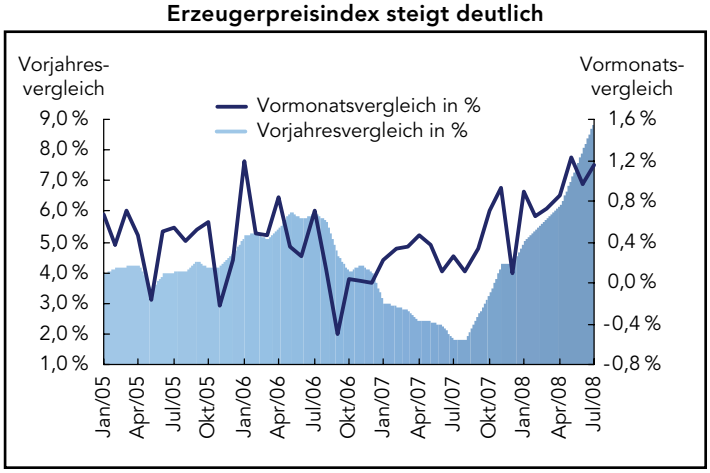
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

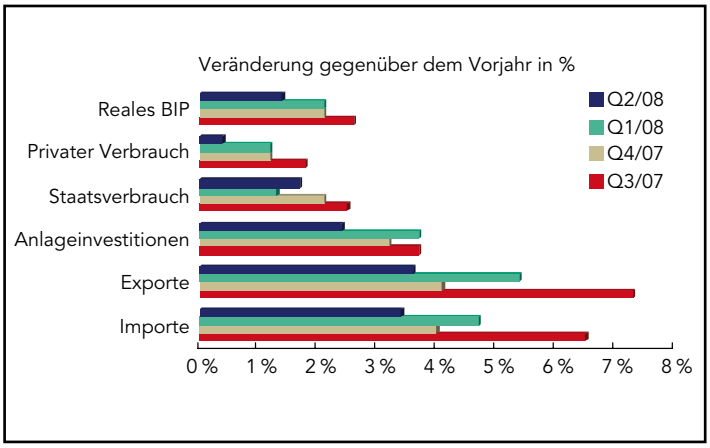
Der Erzeugerpreisindex stieg im Juli um 1,1 % gegenüber dem Vormonat und um 9,0 % verglichen mit dem Vorjahr. Dahinter stand einmal mehr eine kräftige Preissteigerung im Energiebereich, hier legten die Preise gegenüber Juni um 2,8 % zu. Der Kern-Erzeugerpreisindex (ohne Energie) erhöhte sich demgegenüber um nur 0,5 % im Vormonats- und um 4,3 % im Vorjahresvergleich. Eine deutliche Zunahme zeigte sich unter anderem bei Zwischenprodukten (0,8 %), während die Preise für Investitionsgüter sowie für langlebige Konsumgüter und Verbrauchsgüter um vergleichsweise moderate 0,2 % stiegen. Gegenüber Juli 2007 legte der Erzeugerpreisindex in den meisten Ländern des Euroraums zu.

Erzeugerpreisindex steigt deutlich



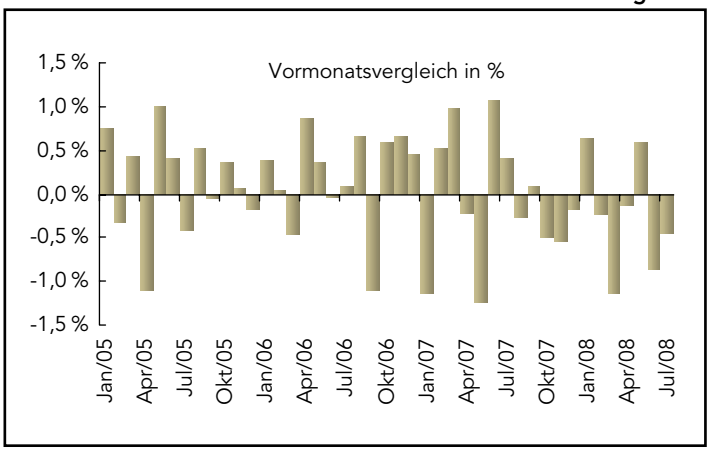
Das Bruttoinlandsprodukt sank im zweiten Quartal nach ersten Schätzungen um 0,2 % gegenüber dem ersten Quartal, wuchs jedoch im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,4 %. Die Verbraucherausgaben verringerten sich gegenüber dem Vorquartal um 0,2 %, die Anlageinvestitionen um 1,2 %. Die Staatsausgaben nahmen dagegen um 0,5 % zu, während die Lagerbestände fast unverändert blieben. Sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Einfuhren wurde ein Minus von 0,4 % verzeichnet. Auf Länderebene sank das BIP im zweiten Quartal in Deutschland um 0,5 %, in Frankreich und Italien um jeweils 0,3 %. In Spanien wurde hingegen ein BIP-Wachstum von 0,1 % registriert.

BIP-Wachstum im zweiten Quartal etwas schwächer



Die Umsätze im europäischen Einzelhandel fielen im Juli um 0,4 % im Vergleich zum Vormonat und um 2,8 % verglichen mit dem Vorjahr. Der Rückgang gegenüber Juni war in erster Linie auf niedrigere Verkaufszahlen bei Lebensmitteln, Getränken und Tabak zurückführen (-0,9 %) – in den anderen Bereichen verringerten sich die Umsätze nur leicht um 0,1 %. Nach Regionen aufgegliedert zeigte sich eine recht unterschiedliche Entwicklung, auffällig war vor allem ein kräftiges Minus in Deutschland (-1,5 %). Daten aus Frankreich und Italien lagen nicht vor. Deutlich rückläufig waren die Verkaufszahlen indessen auch in Belgien (-0,7 %) und Luxemburg (-3,7 %). Höhere Umsätze verzeichnete der Einzelhandel dagegen in Spanien (0,1 %), Österreich (1,5 %) und Portugal (3,5 %).

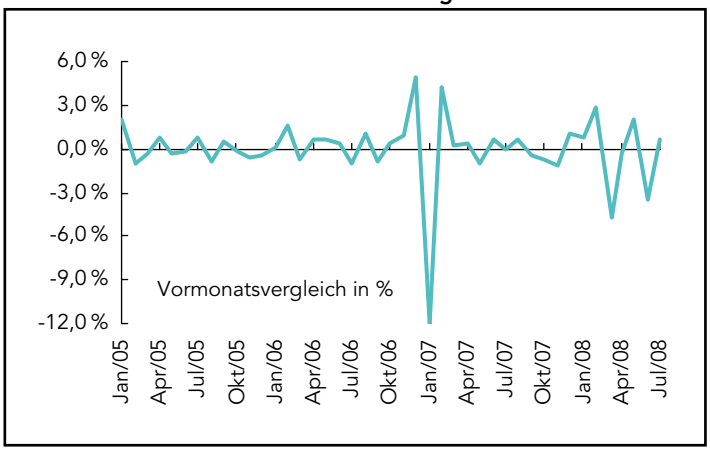
Einzelhandelsumsätze sinken im zweiten Monat in Folge



Deutschland

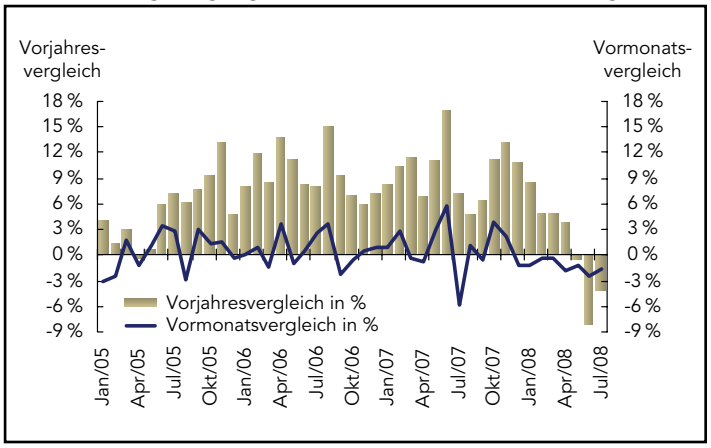
Der Umsatz des deutschen Einzelhandels (ohne Autos und Benzin) sank im Juli um 1,5 %. Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich keine Veränderung. Die Verkaufszahlen insgesamt (einschließlich Autos und Benzin) wuchsen unterdessen um 0,6 % im Vormonatsvergleich, sanken allerdings gegenüber Juli 2007 um 3,2 %. Die Daten lassen ein eher schwaches Verbrauchervertrauen erkennen – belastend wirken hohe Energiepreise, die anhaltende Kreditkrise und neuerdings Rezessionsängste. Die Umsätze der Lebensmittelbranche fielen um 1,6 % im Vormonats- und 1,2 % im Vorjahresvergleich, im Einrichtungsbereich wurde ein Umsatzrückgang von 0,5 % gegenüber dem Vormonat und 1,2 % im Vergleich zum Vorjahr registriert. Positiv entwickelten sich die Verkaufszahlen einzig bei Bekleidung, sie stiegen um 2,8 % verglichen mit dem Vormonat und 1,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Einzelhandelsumsätze steigen im Juli



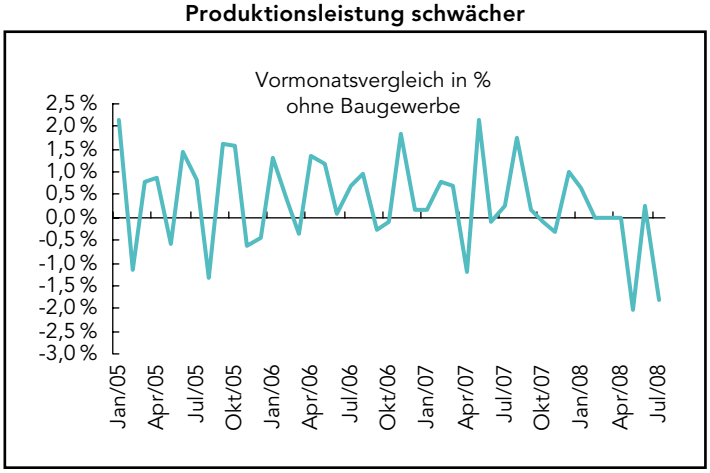
Die Auftragseingänge in der deutschen Industrie sanken im Juli um 1,7 % gegenüber Juni und um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr (achter monatlicher Rückgang in Folge). Gegenüber dem Vormonat brachen die Bestellungen vor allem auf dem deutschen Markt ein (-3,6 %), und zwar in allen wichtigen Bereichen. So fielen die Auftragszahlen bei Basisgütern (-2,7 %), Investitionsgütern (-3,9 %) sowie bei Konsum- und langlebigen Gütern (-4,8 %). Die Nachfrage aus dem Ausland erhöhte sich unterdessen um 0,3 %. Rückgänge bei Investitionsgütern (-1,2 %) und bei Konsum- und langlebigen Gütern (-0,3 %) wurden durch ein deutliches Plus im Bereich Basisgüter (2,8 %) mehr als ausgeglichen. Der Anstieg der Exportnachfrage verdankt sich in voller Höhe einer kräftigen Zunahme bei den Aufträgen aus anderen Ländern der Eurozone um 8,1 % – ein überraschend deutliches Plus wurde im Bereich Investitionsgüter verzeichnet (12,8 %), nachdem die Bestellungen dort im Juni um 8,4 % zurückgegangen waren. Die Auftragseingänge aus Ländern außerhalb des Euroraums fielen um weitere 5,7 %.

Auftragseingänge sinken im achten Monat in Folge



Die Industrieproduktion fiel im Juli um 1,8 % gegenüber dem Vormonat und um 0,6 % verglichen mit dem Vorjahr. Mit Ausnahme des Energiesektors, der seine Produktion um 1,2 % steigern konnte, verzeichneten alle wichtigen Bereiche gegenüber Juni Rückgänge. Das deutlichste Minus zeigte sich bei langlebigen Konsumgütern (-6,5 %) und Verbrauchsgütern (-0,7 %), sodass die Produktion im Konsumgüterbereich insgesamt um 1,7 % sank. Rückläufig war die Produktion im Juli auch bei Investitionsgütern (-3,7 %). Nur wenig besser verlief die Entwicklung bei Zwischenprodukten (-0,6 %) und im Bauhauptgewerbe (-2,0 %). Insgesamt sank die Erzeugung im produzierenden Gewerbe um 2,0 % im Vormonats- und 0,2 % im Vorjahresvergleich.

Produktionsleistung schwächer

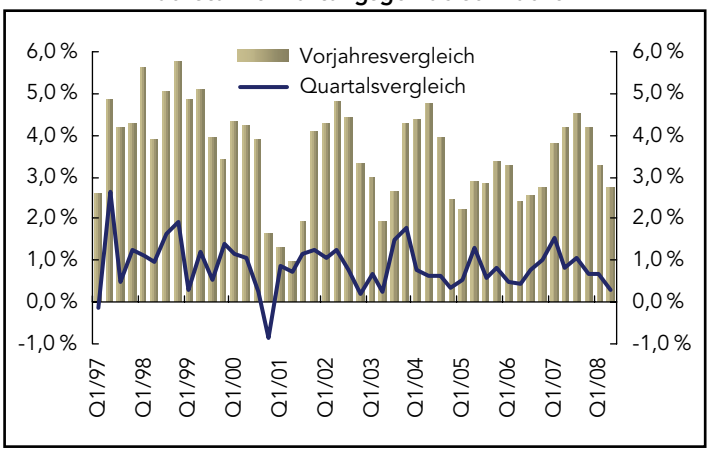


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Australien

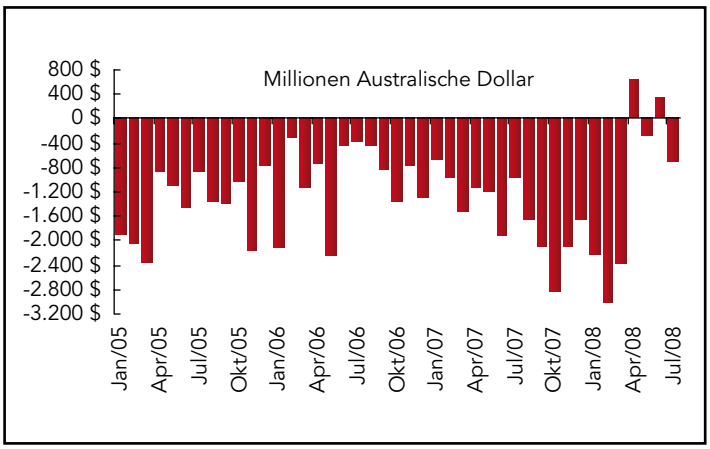
Das australische Bruttoinlandsprodukt wuchs im zweiten Quartal wie von Analysten erwartet um 0,3 % gegenüber dem ersten Quartal. Das war die niedrigste Wachstumsrate seit dem vierten Quartal 2004. Das BIP-Wachstum gegenüber dem Vorjahreszeitraum betrug 2,7 % – das schwächste Wachstum seit dem vierten Quartal 2006. Die Konsumausgaben stiegen leicht um 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal und um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr, während die Bruttoanlageinvestitionen kräftig zulegten, und zwar um 2,9 % gegenüber dem ersten Quartal und 7 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hinter dem geringen Anstieg der Konsumausgaben stand neben der aggressiven Geldpolitik der RBA mit ihren hohen Zinsen die Explosion der Energiepreise. Die Ausgaben der privaten Haushalte verringerten sich leicht um 0,1 %. Die größten Negativbeiträge leisteten der Betrieb von Fahrzeugen (-2 %) sowie der Lebensmittelbereich (-0,8 %). Hauptmotor im Bereich der Bruttoanlageinvestitionen war ein kräftiges Plus von 10,1 % bei den Investitionen in neue Maschinen und Ausrüstungen, dem ein Rückgang von 5,4 % im Anlagenbau gegenüberstand.

Wachstum erwartungsgemäß schwächer



Im Juli wies die Warenhandelsbilanz saisonbereinigt ein Defizit von 717 Mio. A$ aus, nachdem im Juni ein Überschuss von 351 Mio. A$ verzeichnet worden war. Grund dafür war vor allem eine deutliche Zunahme der Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen, hauptsächlich bei Zwischenprodukten und anderen Gütern. Die Exporte sanken um 0,8 %. Bei den nichtlandwirtschaftlichen Gütern wurde ein Minus von 4 % registriert, während die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse um 3 % zurückging. Hinter dem Exportrückgang im Bereich nichtlandwirtschaftlicher und sonstiger Erzeugnisse stand in erster Linie ein Minus von 9 % bei Kohle, Koks & Briketts. Die Importe stiegen um 3,9 %. Bei Zwischenprodukten und anderen Gütern wurde ein Plus von 12 % verzeichnet, hauptsächlich bedingt durch einen kräftigen Zuwachs im Bereich Kraft- und Schmierstoffe. Bei Investitionsgütern gingen die Einfuhren demgegenüber um 5 % zurück, bei Konsumgütern um 2 %.

Außenhandelsbilanz – wieder im Minus



Hongkong

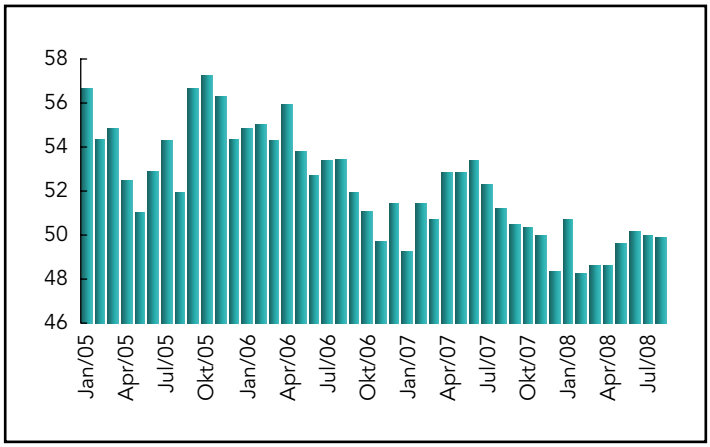
Die Umsätze im Einzelhandel stiegen im Juli um 6,6 % verglichen mit dem Vorjahr, wertmäßig erhöhten sie sich um 13,8 %, unter anderem bedingt durch eine Erholung im Tourismussektor und ein kräftiges Plus bei den Autoverkaufszahlen. Saisonbereinigt wuchsen die Umsätze gegenüber Juni um 2,5 %. Bei langlebigen Konsumgütern wurde eine Zunahme um 13,4 % verzeichnet. Grund war ein überraschender Umsatzanstieg bei Automobilen um beachtliche 39,0 %. Die Erklärung dafür dürfte sein, das die Umsätze in diesem Bereich zuvor vier Monate in Folge gesunken waren.

USA

USA

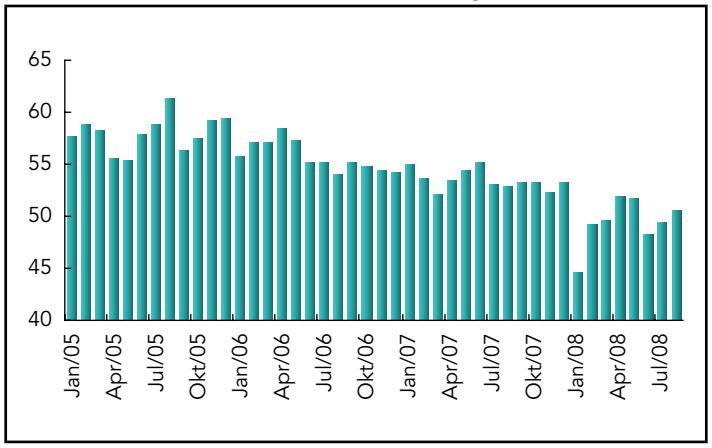
Der Konjunkturindex des Institute for Supply Management (ISM) für die Fertigungsbranche sank leicht von 50,0 Punkten im Juli auf 49,9 im August. Die Komponente für die Industrieproduktion verschlechterte sich zwar etwas, lag aber mit 52,1 weiterhin oberhalb des Schwellenwerts von 50 Punkten. Der Wert für die Beschäftigung sank dagegen leicht unter die 50-Punkte-Marke – er ging von 51,9 auf 49,7 zurück. Bei den Auftragseingängen zeigte sich eine Verbesserung von 45,0 auf 48,3 Punkte. Der Index der Auftragsrückstände erholte sich zwar leicht, blieb mit 43,5 Punkten jedoch sehr schwach. Der Index, der die subjektive Einschätzung der Lagerbestände bei den Kunden erfasst, stieg um 7,5 Punkte auf 54,5 – dass die Lagerbestände als zu hoch eingeschätzt werden, kann angesichts der schwachen Auftragszahlen kaum überraschen. Die Komponente für die Zulieferer-Auslieferungen stabilisierte sich fast unverändert bei 50,3 Punkten. Auch der Wert für die Lagerbestände bei den Befragten selbst zeigte sich kaum verändert und lag bei 49,3 Punkten. Der Index der gezahlten Preise ließ zwar einen nach wie vor starken Preisdruck erkennen, sank jedoch gegenüber dem astronomisch hohen Juli-Wert von 88,5 Punkten um 11 Punkte.

ISM-Index: Verarbeitendes Gewerbe



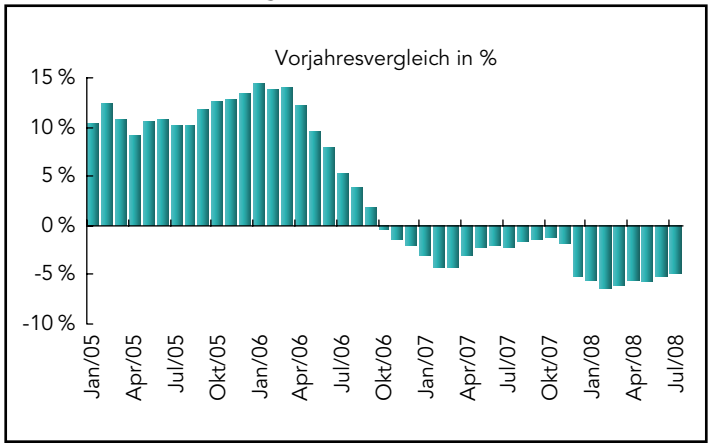
Der ISM-Index für das nichtproduzierende Gewerbe stieg im August leicht über den Schwellenwert von 50 Punkten, er verbesserte sich gegenüber Juli von 49,5 auf 50,6 Punkte. Die wichtigsten Komponenten lagen weiterhin kaum verändert in der Nähe der 50-Punkte-Marke. Der Index der Auftragseingänge stieg zwar um fast 2 Punkte, blieb jedoch mit 49,7 Punkten knapp darunter. Die Beschäftigungskomponente rutschte tiefer ins negative Territorium – sie verschlechterte sich um 1,7 Punkte auf 45,4 Punkte. Der allgemeine Konjunkturindex, das Äquivalent zu einem Index für die Industrieproduktion, kletterte um über 2 Punkte auf 50,6. Die Komponente der Lagerbestände signalisierte mit 53,3 Punkten zwar ein Anwachsen, allerdings lag sie um 1 Punkt unter dem Vormonatswert. Rückläufig war auch der Index der gezahlten Preise, der um 8 Punkte fiel. Angesichts weiter sinkender Ölpreise ist zu hoffen, dass sich diese Entwicklung verfestigt.

ISM-Index: Dienstleistungen



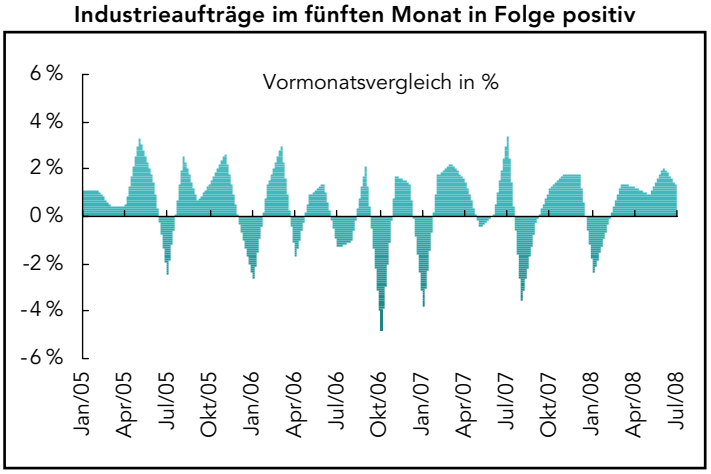
Die Bauinvestitionen sanken im Juli um 0,6 % im Vormonats- und um 4,8 % im Vorjahresvergleich. Der stärkste Rückgang wurde mit -2,3 % im privaten Wohnungsbau verzeichnet. Bei privaten Bauten mit gewerblicher Bestimmung wurde ein Minus von 0,7 % registriert, im öffentlichen Bereich dagegen ein Anstieg um 1,4 %. Im Bereich der privaten Wohnungsbauinvestitionen zeigte sich bei Einfamilienhäusern ein deutlicher Rückgang von 2,3 %, während die Bauinvestitionen in Mehrfamilienhäuser um 0,2 % wuchsen. Bei privaten Bauten mit gewerblicher Bestimmung sanken die Investitionen vor allem im verarbeitenden Gewerbe (-5,0 %), bei kirchlichen Bauten (-2,5 %) und in der Stromerzeugung (-2,2 %).

Bauausgaben: Flaute dauert an



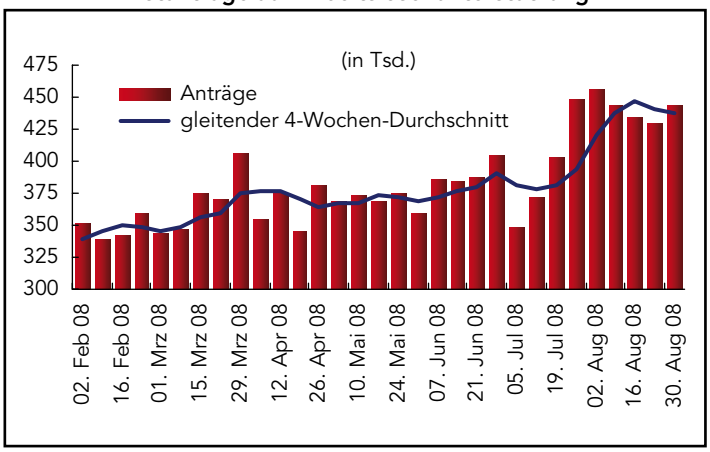
Der Auftragsbestand der US-Industrie wuchs im Juli um 1,3 % im Vergleich zum Vormonat und um 7,8 % gegenüber Juli 2007. Die Auftragseingänge für langlebige Güter entsprachen mit einem Plus von 1,3 % den Prognosen. Im Bereich Verbrauchsgüter legten die Bestellungen um 1,2 % zu, nach einer deutlichen Zunahme von 2,8 % im Juni. Bei Investitionsgütern wurde ein ungewöhnlich kräftiger Anstieg von 6,3 % verzeichnet, bei Ausklammerung der Flugzeugkomponente noch immer ein Plus von 2,5 %. Ein deutliches Plus zeigte sich im Investitionsgüterbereich auch bei den Lieferungen, die entsprechende Komponente kletterte um 2,5 %. Rechnet man die Flugzeuglieferungen heraus, betrug die Zunahme 1,6 %. Der Index der unerledigten Aufträge stieg um insgesamt 0,7 %. Die Komponente der Lagerbestände lag um 0,5 % über dem Vormonatswert und ließ keinen Überhang erkennen. Das Verhältnis der Lagerbestände zu den Lieferungen lag bei sehr schlanken 1,20 (Juni: 1,22).

Industrieaufträge im fünften Monat in Folge positiv



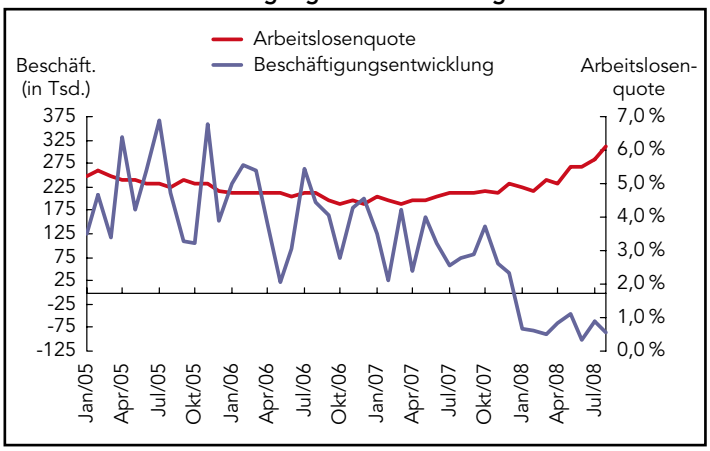
In der Woche bis zum 30. August erhöhte sich die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung um 15.000 auf 444.000. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt sank um 3.250 auf 438.000. Die Zahl der Folgeanträge stieg in der Woche bis zum 23. August um 6.000 auf 3,435 Mio., den höchsten Stand seit einigen Jahren. Besondere Faktoren waren nicht zu berücksichtigen. Einzelheiten zu den Auswirkungen der gesetzlichen Maßnahmen, mit denen der Kongress versucht hatte, den Kreis der möglichen Antragsteller zu erweitern, wurden nicht genannt.

Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung



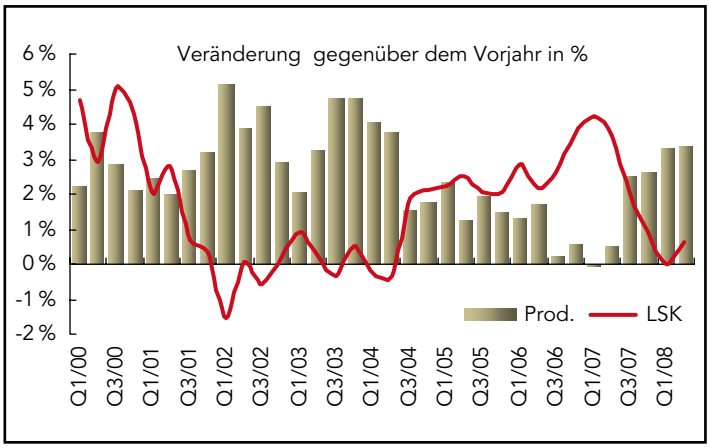
Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im August um 84.000, die Arbeitslosenquote stieg gegenüber Juli von 5,7 % auf 6,1 %, den höchsten Wert seit fünf Jahren. Für Juni und Juli wurde der Beschäftigungsrückgang von 60.000 auf 100.000 beziehungsweise von 51.000 auf 60.000 nach oben korrigiert. Die Zahl der Beschäftigten ist damit in jedem der letzten acht Monate gesunken. Der jüngste Rückgang umfasste die meisten Bereiche. In der Fertigungsbranche und im Baugewerbe wurden Verringerungen um 61.000 beziehungsweise 8.000 verzeichnet. Die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich sank um 27.000, nach einem Minus von 12.000 im Juli. Innerhalb des Dienstleistungssektors ging die Beschäftigung vor allem bei den Unternehmensdienstleistungen zurück (-53.000).

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Das Produktivitätswachstum im zweiten Quartal wurde gegenüber einer ersten Schätzung von 2,2 % auf 4,3 % (aufs Jahr hochgerechnet) deutlich nach oben korrigiert. Die Entwicklung der Lohnstückkosten wurde auf einen Rückgang um 0,5 % (annualisiert) nach unten korrigiert – die ursprüngliche Schätzung hatte auf einen Anstieg um 1,3 % gelautet. Das Wachstum der Stundenlöhne wurde leicht von 3,6 % auf 3,7 % nach oben korrigiert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs die Produktivität um 3,4 %, während die Lohnstückkosten um 0,6 % stiegen.

Produktivität und Lohnstückkosten



Fazit und Ausblick

Nur die Reserve Bank of Australia hat ihren Leitzins in der vergangenen Woche gesenkt, während die Notenbanken von Kanada und Großbritannien ebenso wie die EZB am Status quo festgehalten haben. Ängste um das globale Wachstum belasteten die Aktienmärkte, stärkten aber den US-Dollar.

In dieser Woche können sich die Anleger von der Datenflut der beiden vergangenen Wochen erholen. Die Ausnahme bildet Großbritannien, wo wichtige Zahlen über Industrieproduktion und Erzeugerpreise sowie den Warenhandel erwartet werden.

Vorausschau: 8.– 12. September 2008

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht

Europa		
8. September	Großbritannien	Erzeugerpreise auf Input- und Outputbasis (August)
9. September	Deutschland	Warenhandelsbilanz (Juli)
	Großbritannien	Industrieproduktion (Juli)
10. September	Frankreich	Industrieproduktion (Juli)
		Warenhandelsbilanz (Juli)
	Italien	Bruttoinlandsprodukt (Q2 2008)
	Großbritannien	Warenhandelsbilanz (Juli)
12. September	EWWU	Industrieproduktion (Juli)
	Italien	Industrieproduktion (Juli)
Asiatisch-pazifischer Raum		
10. September	Japan	Corporate Goods Price Index (August)
11. September	Australien	Arbeitsmarktbericht (August)
12. September	Japan	Bruttoinlandsprodukt (Q2 2008, revidiert)
Amerika		
11. September	Kanada	Warenhandelsbilanz (Juli)
	USA	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)
		Außenhandelsbilanz (Juli)
		Indizes der Import-/Exportpreise (August)
12. September	USA	Einzelhandelsumsätze (August)
		Erzeugerpreisindex (August)
		Lagerbestände (Juli)
		Verbraucherstimmung (September, vorläufig)